

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Beobachtung: Zeitung Riesa.
Seite Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain,
des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postleitzettel: Leipzig 21200.
Girokasse Riesa Nr. 52.

Nr. 189.

Freitag, 17. Juni 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Beispielpreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Posthalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Ausgaben für die Nummer des Riesaer Tageblatts sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Warenliste für das bestimmte Datum und Blätter wird nicht übernommen. Preis für die 42. Ausgabe 1 Mark; Grundpreis Seite (7 Blätter) 1.10 Mark, Preispreis 1.— Mark; Zeitungsleiter und tabellarische Ausgabe 10% Aufschlag. Auszeichnung und Werbezeitungslieferung 30 Pf. pro Seite. Zeitlicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag verschafft durch Klage eingesogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Ausgabe und Schriftleitung: Riesa. Verantwortliche Unterhaltungsbeiträge: Gröba an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebs der Druckerei, der Dienststellen oder der Vertriebsbehörden — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückerstattung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktion: Riesa. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhne. Riesa: Ihr Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich. Riesa.

Der Mühlenbetrieb von Friederich Oswald Vogel in Oberseifersdorf ist hiermit auf Grund von § 72 Absatz 1 der Reichsgesetzgebung vom 21. Mai 1920 bis auf weiteres geschlossen.

Großenhain, am 18. Juni 1921.

687 b L Der Kommunalverband.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 298, betr. die Aufflengesellschaft Scheiberei, und Creditions-Affiliengesellschaft in Riesa, eingetragen worden:

Die Generalversammlung vom 28. Mai 1921 hat die Erhöhung des Grundkapitals um elf Millionen zweihunderttausend Mark, in elftausendweihundert Stück Aktien zu je tausend Mark erlassen, wobei auf sechsein Millionen Mark beschlossen.

Die Erhöhung ist durchgeführt.

Das Grundkapital beträgt nunmehr sechsein Millionen Mark und besteht in achttausend auf den Inhaber lautende Stammaktien und in achttausend auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien zu je tausend Mark.

Der Gesellschaftsvertrag ist dementsprechend in § 6 und weiter in §§ 5, 7, 8, 11, 12, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 21, 22, 24, 28 und 31 abgeändert worden.

Von den neuen Stammaktien werden 590 Stück zum Kurs von 100%, 2400 Stück zum Kurs von 150%, und 210 Stück zum Kurs von 200%, ausgegeben, die Vorzugsaktien dagegen sämtlich zum Nennbetrag. Die Vorzugsaktien sind mit 6% kumulativer Dividende und einfaches Stimmrecht ausgestattet.

Amtsgericht Riesa, den 17. Juni 1921.

Deutschland und Sachsen.

Riesa, den 17. Juni 1921.

* Fahrabendstafel. In der Zeit vom 12. 6. bis zum 18. 6. vorm. 8 Uhr ist aus einem oberen Stockwerk des Hausesgrundstücks Kaiser-Wilhelm-Platz 2a ein Herrensaal mit Kaminbereitung, Markt „Hera“, Nr. unbekannt, Gräfin an der Lenktangente, Schubart, am Hinterhof fehlen zwei Speichen, Wert 1000 Mt., gestohlen worden. An dem Sessel des Fahrrades ist an dem vorderen Teil in der Nähe des Sattels an einer Stelle der Anstrich auf die Länge von etwa 20 Centimeter entfernt gewesen. Es ist von einem dortigen Bewohner beobachtet worden, dass eine Mannesperson, etwa 25 Jahre alt, von mittlerer Statur und nicht förmlich gekleidet, das feste Hausrückstück am 12. Juni nachmittags in der 5. Stunde verlassen und bei sich ein Fahrrad geführt hat. Der Mann, der mit dem Fahrrad die Bismarckstraße entlang gefahren ist, dürfte mit der Diebstahlstache in Verbindung zu bringen sein. Sachdienliche Befreihungen über den Täter und Verbleib des Fahrrades wolle man der Polizei unverzüglich zur Kenntnis bringen. Für die Wiedererlangung des gestohlenen Fahrrades ist von dem Bekohlten eine angemessene Belohnung in Aussicht gestellt worden.

* Sportfilmwerke abend. Nachdem vor einiger Zeit in unseren Großstädten die neuen Sportlehrfilme der Ufa-Berlin bei ihrer Vorführung in den dicht gefüllten größten Sälen mit beispieloser Begeisterung aufgenommen wurden, hat sich der Riesaer Sportverein e. V. zur Aufgabe gemacht, die herrlichen lebenden Bilder über Laufen, Speerwerfen, Kugelstoßen, Weit- und Hochsprung und Fußball auch den sportliebenden Kreisen unserer Stadt zugänglich zu machen. Am kommenden Donnerstag, den 28. Juni, sollen die Sportfilme verbunden mit einem kurzen Vortrag vorgeführt werden. Das Lichtspielhaus in Gröba ist zur Vorführung ausserordentlich gut besucht worden. Die Filme, die unter Mitwirkung der Deutschen Hochschule für Leibesübungen, Berlin, und ihrer namhaftesten Sportlehrer, wie Girulatis (Fußball) und Scholans (Leichtathletik), im großen deutschen Stadion im Grunewald bei Berlin aufgenommen wurden, bieten etwas auf dem Gebiete des Films vollkommen Neues. Es war nämlich bisher nicht gut möglich, die einzelnen Bewegungsorgane bei sportlicher Betätigung ruhig und klar im lebendenilde vor Augen zu führen. Diesem Mangel half eine glänzende Erfindung ab. Am kinematographischen Aufnahmegerät wurde eine Vorrichtung angebracht, die eine fast gesteigerte Bildaufnahme ermöglichte. Bisher konnten nur 18 Bilder in der Sekunde aufgenommen werden, während die neue Einrichtung nun die Aufnahme von 500 Bildern in der Sekunde zuläßt. Da nun aber die entstandenen Bilder nur in sonst üblicher Schnelligkeit auf die Leinwand geworfen werden, ist eine mindestens 20fach vergrößerte Wiedergabe der natürlichen Vorgänge möglich. Man nennt diese Einrichtung die Zeitlupe, weil ihrer Anwendung die Zeitmaße der Bewegungsorgane so langsam wie unter einer Lupe zeitlich vergrößert erscheinen. Da nun die angekündigte Film-Aufnahmen unserer vorsichtigen deutschen Sportsleute in ihren besten Leistungen bringen, bieten sie einen hohen sportlichen Genuss. Bemerk sei noch, dass die ganze Veranstaltung in Verfolgung idealer Ziele stattfindet, deren bedeutendstes der erneute Hinweis unseres Volkes auf die dringende Notwendigkeit und Bedeutung der Leibesübungen für die Volksgesundheit ist.

Überführte Diebe. Vor einigen Wochen hatte ein Juwelier aus der Riesaer Gegend der Sachsen Schweiz einen Besuch ab. Die Bevölkerung bestand aus 29 Personen, das Ziel des Ausfluges war Rathen und die Poststelle. Wie üblich, wollten sich die Ausflügler auch Andenken mitnehmen, wie sie in den Verkaufsständen am Wege von Rathen nach der Poststelle gehalten werden. Von dieser Gelegenheit machte man dann auch Gebrauch. Als die Ausflügler aber fort waren, mietete der Veräußerer, wie der „Riesaer Anzeiger“ meldet, die unangenehme Wahrnehmung machen, dass eine ganze Anzahl Gegenstände fehlten, die nicht beschafft worden waren. Die Nachforschungen haben ergeben, dass von den 29 Personen 18 als Diebe überführt werden konnten.

* Eröffnung der landwirtschaftlichen Ausstellung in Leipzig. Auf dem Ausstellungsgelände am Fölleralmabteilung in Leipzig ist gestern nachmittag die 28. Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, die erste seit dem Kriege, in Begleitung von Vertretern der sächsischen Regierung und der Bevölkerung durch den Präsidenten Dr. A. Mehmet mit

Wir geben hierdurch bekannt, dass alles Halten von Waren aller Art auf der Saubachmühle-Straße vor dem Werksgelände der Aufflengesellschaft Saubachmühle hiermit verboten wird, da durch den jetzt bestehenden Zustand der Fußgängerverkehr insbesondere beim Schichtwechsel ganz empfindlich gestört und die Straße durch weggeworfenes Papier verunreinigt wird.

Straußabendungen werden mit einer Geldstrafe bis zu 75 M. oder mit Haft bestraft. Unsere Polizeiorgane sind angewiesen, die Einhaltung dieses Verbotes streng zu überwachen und Strafhandlungen unanständig zur Anzeige zu bringen.

Gröba (Elbe), am 15. Juni 1921. Der Gemeindevorstand.

Großartenanfrage Sonnenabend, den 18. Juni, nachm. 5-7 Uhr bei den Aus- schieben.

Beida bei Riesa, am 16. Juni 1921.

Mit Genehmigung der Amtshauptmannschaft Großenhain wird der Kommunikationsweg von Paulitz nach Bahnhof Riesa wegen Aufrütteln von Maifischfisch vom 20. bis 23. Juni dieses Jahres für allen Fahrverkehr und bis 10. Juli 1921 für den Verkehr mit Lastkraftwagen gesperrt und dieser inzwischen auf die Staatsstraße Teer- hausen-Riesa verweilen.

Das unbefugte Fahren des gesperrten Weges wird nach § 366* des Reichsstra- gebedroht bestraft.

Paulitz, am 16. Juni 1921.

Der Gemeindevorstand.

einer längeren Ansprache eröffnet worden, in der er hervor- holt, dass die deutsche Landwirtschaft es als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, am Wiederaufbau Deutschlands unter Anstrengung aller Kräfte mitzuwirken und die Erneuerung des deutschen Volkes durch Erhebung der heimischen Produktion zu verbessern. Sie müsse allerdings die volle Gewähr für die Sicherheit des Eigentums und die baldige Aufhebung auch der letzten Reste der Zwangs- wirtschaft verlangen. Die Gruppe der sächsischen Staatsregierung überbrachte Ministerpräsident Pusch, diejenigen der Stadt Leipzig Oberbürgermeister Dr. Rothe, der die Hoffnung ausdrückte, dass die Ausstellung dazu beitragen möge, dass Stadt und Land sich besser kennen und verstehen lernen. Nachdem der Vorsitzende der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft Hammelburg v. Freyer den Dank der Gesellschaft zum Ausdruck gebracht hatte, wurde ein Rundgang durch die Ausstellung angezeigt, die bis zum 21. Juni dauern wird und sehr gut besucht ist, namentlich die Abteilung „Maschinen“, die etwa 9000 Maschinen und Geräte umfasst, und „landwirtschaftliche Erzeugnisse“ weisen eine Geschäftigkeit auf, die die größten Friedendausstellungen übertrifft. Das sächsische Wirtschaftsministerium, die Stadt Leipzig und eine große Reihe wissenschaftlicher Anstalten und Fachgruppen sind mit Sonderausstellungen vertreten. Von der Ausstellung von Großböhmen hatte man diesmal aus verschiedenen Gründen noch absieben müssen, sobald die Abteilung „Tiere“ im Gegensatz zu den reichsähnlichen anderen Ausstellungen nur einen verhältnismäßig kleinen Umfang hat. Im Rahmen der Landwirtschaftsausstellung werden zahlreiche Tagungen abgehalten, darunter auch die Hauptversammlung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. Einen besonderen Anziehungspunkt erhalten die Veranstaltungen durch das einzige Tage dauernde Reits- und Fahrtournee des Reichsverbandes für Reits- und Brüderfahrt deutsches Halbbutes. Eine Reihe von Besichtigungen sehenswerten Einrichtungen der Stadt Leipzig sowie Ausläufe in die nächste und weitere Umgebung u. a. die Sächsische Schweiz, das Erzgebirge, dielausitz und nach Thüringen sind in Aussicht genommen.

* Die Not der Kleinstadt beschäftigte Dienstag den Haushaltsausschuss A des sächsischen Landtages. Es wurden zwei Anträge beschlossen. Der erste fordert besondere gesetzliche Bestimmungen, wodurch die Be- schäftigungsgebarung der Altersrentenbank den Bedürfnissen der Kleinstädter angepasst wird. Nach dem zweiten Antrag soll die Regierung 5 Millionen Mark bereitzustellen zur Unter- stützung der Kleinstadt in der Weise, wie sie für die Ur- befechter durchgeführt ist.

* SGR. Bei neuen Kirchengemeindeordnung für Sachsen erfährt der Evangelisch-Lutherische Landeskonsistorium hat den Wunsch, die neue Kirchengemeindeordnung, welche von der Landeskirche aufgestellt worden ist, am 1. Januar 1922 in Kraft treten zu lassen und beabsichtigt, der im Herbst zusammengetretenen Synode den Entwurf eines entsprechenden Einführungsgesetzes vorzulegen. Inzwischen haben die kirchlichen Aufsichtsbehörden den Auftrag bekommen, dafür Sorge zu tragen, dass die Diözesanversammlungen, wie auch die Haupt- und Spezialkonferenzen der Geistlichen sich sobald als irgend möglich auf das eingehendste mit den Bestimmungen der Kirchgemeindeordnung befassen.

* Nachforschungen nach im Auslande aufsässigen Deutschen. Es besteht die Möglichkeit, durch das Reichsdeportationsamt Berlin Rie. 6, Luisenstraße 31a, auf diplomatischem Wege Nachforschungen nach im Auslande aufsässigen Deutschen (auch deutschstämmigen Ausländern) und deren Eigentum, insbesondere auch ihrem Nachlass in allen Kulturstädten der Erde und deren Kolonien anstellen zu lassen. Weiter können auf diesem Wege Urkunden (Landesamtliche Urkunden, Bollmachten, Lebensbeschreibungen und dergl.) beschafft werden. Ruhige Auskunft kann bei der Amtshauptmannschaft eingeholt werden.

* Die Erhöhung der Versicherungsgrenze. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte nimmt jetzt zu den kritischen Stellung, die in den letzten Tagen an dem Reichsratsbeschluss auf Erhöhung der versicherungspflichtigen Gehaltsgrenze auf 28.000 Mark geübt worden sind. Die Reichsversicherungsanstalt ist der Ansicht, dass selbst eine Gehaltsgrenze von 28.000 Mark noch lange nicht die Angestellten erfüllen würde, die nach der Ansicht des Gesetzgebers im Jahre 1911 unter das Gesetz fallen sollten. Im übrigen ist unrechtig, dass die Reichsversicherungsanstalt einer solchen Erhöhung der Gehaltsgrenze und der damit verbundenen Beitragssätze lediglich beurteile, um die Kosten ihres Vermögensaufbaus zu

bedenken. Um der Invalidenversicherung nicht nachzustehen, sei die Reichsversicherungsanstalt vor allem gewillt, künftig den Angestellten Leistungen zu gewähren, die der Gehaltswertung eindeutig angepasst seien. Im Be- tracht zu ziehen sei auch, dass die Kosten des Selbstverfahrens ganz bedeutend gestiegen seien. Sie würden sich im laufenden Jahre auf etwa 75 Millionen Mark stellen. Mit den alten Beitragssätzen und einer versicherungspflichtigen Gehaltsgrenze von 15.000 Mark könnte die Reichsversicherungsanstalt den an sie gestellten Anforderungen nicht mehr genügen.

* Eingaben an die Minister. Immer wieder werden ohne zwingenden Grund Eingaben an die Minister persönlich gerichtet, obwohl schon wiederholt darauf hingewiesen worden ist, dass durch solche private Zuschriften oft nicht nur seine Beschleunigung der Sache erreicht wird, sondern im Gegenteil sehr leicht, besonders wenn der angegangene Minister aus geschäftlichen oder privaten Gründen abwieg oder schwer erreichbar, stark beschäftigt oder auf Urlaub ist, eine unliebsame Verzögerung, ja sogar besonders in Rechtsangelegenheiten der Verlust des Rechtes herbeigeführt werden kann. Auch persönliche Besprechungen mit Ministern werden jetzt oft ohne Rücksicht darauf begehr, dass ohne Vorbereitung der Sachen und ohne Bezugnahme der einschlägigen Alten und Informationen die Ausprache meist resultlos verlaufen muss, daher unzweckmäßig ist. Es wird deshalb nochmals darauf hingewiesen, dass Zuschriften an die Minister persönlich, statt an das Ministerium möglichst unterbleiben und persönliche Besprechungen nur nach vorherigen Verständigung mit dem Minister über die Zweckmäßigkeit erfolgen möchten.

* Die Sachindustrie zu neuen Formen. Der Verband Sach. Industrieller hat in Ausführung eines Verbandsbeschlusses an die Reichs- polizeiabteilung eine ausführliche Eingabe gerichtet und darin gefordert, dass die in § 1 der neuen Fernpreisgebührenordnung festgelegte und in den §§ 3 und 4 näher präzisierte Grund- und Ortsteilsgebühren fallen gelassen und dafür eine mögliche Erhöhung der fest bereits vorgenommenen Pan- golsgebühre, soweit sie unumgänglich notwendig ist, vorgenommen wird. Ebenso hat er die Beleidigung des § 7 gefordert, wonach der Teilnehmer verpflichtet sein soll, bei Über- mächtiger Belästigung eines Anschlusses die Anschaltung weiterer Anschlüsse zwangsläufig vorzunehmen. In der Eingabe ist besonders darauf hingewiesen, dass es in den meisten Fällen nicht die Schuld des Teilnehmers ist, wenn ihr Apparat überlastet ist, weil gegenwärtig eine große Anzahl von Anträgen auf Bewilligung eines Neuanschlusses seitens der Polizeiabteilung bisher aus technischen Gründen nicht bearbeitet werden konnte. Außerdem hat der Verband die Gelegenheit benutzt, um erneut von der Polizeiabteilung anlässlich der Erhöhung der Gebühren auch eine Hebung der qualitativen Leistungen des Post- und Fernpreisverkehrs zu fordern, da die jetzt vielfach in umgekehrtem Verhältnis zu dem Stande der Gebühren stehen.

* Das Interat als Urkunde. Eine böse Geschichte hat sich ein Einwohner in Brandis eingebrodt, der kürzlich in einer beliebigen Zeitung ein Antrag auf die und dies mit dem Namen des Gutsbesitzers Hugo Mittig ohne dessen Wissen unterschrieben. Das Interat-Monistivite vom Gericht als Urkunde betrachtet werden, so wird der Betreffende zwangsläufig vorzunehmen. In der Eingabe ist besonders darauf hingewiesen, dass es in den meisten Fällen nicht die Schuld des Teilnehmers ist, wenn ihr Apparat überlastet ist, weil gegenwärtig eine große Anzahl von Anträgen auf Bewilligung eines Neuanschlusses seitens der Polizeiabteilung bisher aus technischen Gründen nicht bearbeitet werden konnte. Außerdem hat der Verband die Gelegenheit benutzt, um erneut von der Polizeiabteilung anlässlich der Erhöhung der Gebühren auch eine Hebung der qualitativen Leistungen des Post- und Fernpreisverkehrs zu fordern, da die jetzt vielfach in umgekehrtem Verhältnis zu dem Stande der Gebühren stehen.

* Verordnung über die Bekämpfung der Bisamratte. Artikel 8 der Verordnung in der Fassung der Verordnung vom 18. Juli 1919 wird aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt: Für jede erlegte Bisamratte wird eine Vergütung von 3 Mark gegen Einsendung des Schwanzes des erlegten Tieres an die landwirtschaftliche Versuchsanstalt Dresden, Südbahnhof 2, gewährt. Die Einsendung des Tieres an die Direktion des Zoologischen Gartens hat läutig nur dann zu erfolgen, wenn es von der Direktion unter Aufsicht der Kostenübernahme ausdrücklich gewünscht wird.

* Gröba. Vor dem gutbesetzten Saale des Galathes Gröba, Gröba sprach am vorigen Montag Herr Lehrer Weißner über den Reichsverbürgertentwurf. In klaren, eindeutlichen Worten stellte der Redner dar, welches Unglück es für unsere Volksschule und damit für das ganze Volk bedeute, wenn dieser Entwurf Gelex würde. Alle Debatte rednet — außer einem — waren auf darüber einig, dass dieses verhindert werden müsse. In diesem Sinne nahm auch die Versammlung eine Entschließung an, die von der Reichsregierung fordert, dass eine Berücksichtigung unserer

Wohltätigkeit und Besitztümern unseres Volkes durch das Reichtum und die Verteilung der Wohltätigkeit verhindert wird.

Reichen. Der diesige Oberbürgermeister Dr. Dr. Heinrich Körber ist vollenkelt am 18. Juni das 10. Jahr seiner hohen Tätigkeit als Oberhaupt der Stadtverwaltung.

Sitten. Nur die Freiheit der Sittener Bergwölde hat sie das Stadtvorordnungsamt in seiner letzten Sitzung einstellig erklärt und einen Antrag angenommen, den Rat zu erlauben, die Bestimmungen über Gebührenabrechnung für Beeren- und Pilzammler sofort wieder anzupreden. Auch sprach man sich gegen die wieder verfügte Sperrung der Wälder zur Nachzeit besonders im Interesse des starken Tourismusverkehrs aus. Der Rat hatte, um den Vorwürfen entgegenzutreten, eine Gedächtnisurkunde von 5 bzw. 8 Mr. für einen Erlaubnischein zum Sammeln von Beeren und Pilzen vorzusehen.

Freiberg. Allgemeines Aufsehen erregt hier die Inhaftierung des Herren- und Großhändlers Otto Haubensack, der gleichzeitig Besitzer des Antiquitäten- und Überseehaus ist. Die dem Beschuldigten zur Last gelegten Straftaten sollen in Steuerangelegenheiten und Schiedsgerichten zu suchen sein.

Kirchberg. Die Stadtvorordnungen lehnen mit 8 gegen 7 Stimmen eine Beitragssperre für Galionsfeste der künstlerischen Schaubühne in Kirchberg ab. — Angeblich nach dem Genuss untreuer Stocherleben erkrankten einige Kinder in der Niederösterreichischen Straße wohnhaften Familie Schmidauer an der Ruhr. Die Krankheit übertrug sich auf 8 Familienangehörige. Ein 14- und ein 18jähriger Knabe sind der Krankheit erlegen. Die übrigen Kranken wurden dem Bezirksbeamt Wiedenbrück angegeben.

Wicau. Die Namen der auf Schacht 1 des Steinbruchbetriebs Florentin Rößner u. So. in Reindorf verunglückten zwei Bergleute sind: Edauer Paul Schmidauer-Reindorf, verheiratet, zwei Kinder; Edauer Ernst Uhlig-Reindorf, verheiratet, ein Kind; Edauer Max Heuer-Bielau, verheiratet, ein Kind; Edauer Max Peter Friedrichsgrün, verheiratet, ein Kind; Hödermann Ernst Scherer-Wilhelmsdorf, ledig; Hödermann Kurt Berthel-Wilhelmsdorf, ledig; Hödermann Kurt Wien-Wilhelmsdorf, ledig; Machtin-Wilhelmsdorf Franz Schönfelder-Bielau, verheiratet, drei Kinder; Machtin-Wilhelmsdorf Kurt Pichl-Reindorf, verheiratet, drei Kinder; Edauer Emil Schulz-Bielau, verheiratet, drei Kinder; Edauer Albert Friedrich-Friedrichsgrün, verheiratet, fünf Kinder; Hödermann Erich Pfeifer-Oberhomburg, ledig.

Pließ. Am 1. Februar hatte sich die 18jährige Pließ mit Gas vergiftet. Es fiel sie bald heraus, daß das arme Mädchen, das als sehr fleißig und gehörig galt, von ihrer Stiefmutter seit elf Jahren fortgefeiert schwer misshandelt und bestohlen und schließlich in den Tod getrieben worden war. Das Mädchen ging immer mit verweinten Augen nach Hause. Nachbarn hörten auch, wie sie die Schläge bekam, kein Mensch stand aber den Mut, die Mutter zu anzeigen: erst jetzt nach dem Tode der Unglückschen führte ihr Bruder das Herz zur Anzeige. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht wurde festgestellt, daß die Verdordnete von ihrer Stiefmutter Josephine Pließ mit dem Ausklopfen oder einem Gummischlauch, ja nicht selten mit dem Feuerhaken oder der Schuhknopfenschlange und oft an den Oasen im Zimmer umgeschlagen wurde. Die Mutter wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Penzig. Eine Anzahl Pakete bemerkte dieser Tage frisch der Führer des Triebwagens, der gegen 3½ Uhr in Penzig eintrifft, zwischen Villa und Penzig auf der Bahnstrecke. Nachdem in Penzig Meldung erfasst und sofort veranlaßt worden war, die Pakete zu holen, hellte sich heraus, daß es sich um Wertsendungen handelt. 17 000 Mark in Aluminiumgeld befanden sich in den Paketen. Ein Paket war von einem Juge durchschnitten worden. Wahrscheinlich sind diese Pakete aus dem Postwagen des Juges, der gegen 7 Uhr frisch von Dresden nach Görlitz fährt, verloren worden.

Das neue Reichsmietengesetz.

Die Landesabteilung Sachsen für Heimatdienst schreibt: Der von der Reichsregierung ausgearbeitete Entwurf eines Reichsmietengesetzes, der dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat vorgelegt war, ist von diesen Körpern einer eingehenden Beratung unterzogen und in verschiedenen wichtigen Punkten geändert worden. Zurzeit liegt der Entwurf dem Reichstag vor.

Eine einheitliche Regelung der Berechnung der Mieten für das Reich hat sich als dringend notwendig erwiesen, umso mehr, als die Steigerung der Mieten in verschiedenen Teilen Deutschlands außerordentliche Unterschiede aufweist. Dies soll das neue Gesetz durch feste Richtlinien ein einheitliches Recht schaffen. Die Zwangsverwaltung auf dem

Gebiete des Reichsmietengesetzes wird grundsätzlich beibehalten. Es soll verhindert werden, daß durch eine unbillige Erhöhung der Mieten eine starke Belastung der Mieterchaft herbeigeführt wird. Gleichzeitig soll verhindert werden, daß durch übermäßiges Steigerung der Mieten der Wert der Grundstücke ebenfalls in nicht gerechtfertigter Weise erhöht wird, und daß dadurch auch in Seiten stehender Weise und billiger Bedienstung ungemeinlich hohe Grundstückspreise und Mieten bestehen bleiben. Der Entwurf gibt die Möglichkeit, an Stelle der rechtlich vereinbarten Miete eine gesetzliche Miete zu legen. Sowohl der Vermieter wie der Mieter kann jederzeit verlangen, daß die gesetzliche Miete von einem im Gesetz näher bestimmten Zeitpunkt ab an die Stelle der vertraglichen Miete treten soll. Auch die Gemeindebehörde hat das Recht, eine Nachprüfung von Mietanänderungen durch das Einführungsgesetz herbeizuführen. Für die Höhe der gesetzlichen Miete ist der Grundstück maßgebend, daß eine Steigerung der bisherigen Mieten nur insofern zugelassen werden soll, als sie durch die Steigerung der für das Haus aufzuwendenden Betriebs- und Instandhaltungskosten erforderlich ist. Die Ausführung der notwendigen Reparaturen soll vor allem ermöglicht werden. Die gesetzliche Miete setzt sich zusammen aus der Friedensmiete, d. h. der im Juli 1914 vereinbart gewesenen Miete, und Aufzügen, die in Consideration der Friedensmiete von der Obersten Landesbehörde oder den Gemeindebehörden festgesetzt werden sollen.

Um die Ausführung notwendiger laufender Instandhaltungen zu garantieren, hat der Mieter das Recht, die Entscheidung einer unparteiischen Stelle anzuvertrauen. Diese kann, falls der Vermieter die Arbeit nicht ausführen läßt, unter Umständen ihre Durchführung erzwingen. Besonders geregelt ist die Ausführung der Mietbezugsanforderungen. Bestehend ist auch hier der Gedanke, einmal die Mieter von übermäßigiger Belastung zu freuen, andererseits jedoch den Hausbesitzer die Ausführung auch großer Arbeiten im Interesse der notwendigen Erhaltung der Häuser zu ermöglichen. Die Kosten sollen grundsätzlich auf einen längeren Zeitraum verteilt werden. Die Mieten dürfen nicht weiter erhöht werden, als auf Verzinsung und Tilgung des aufgewendeten Kapitals erforderlich ist.

Bei gewerblichen Räumen, bei denen infolge der Eigennatur des Betriebes besonders hohe Betriebs- und Instandhaltungskosten entstehen, kann durch das Einführungsgesetz zur Deckung dieser Kosten eine Erhöhung der gesetzlichen Miete zugesassen werden. Für Räume mit Sammelbezugung und Warmwasserforsorgung bestimmt der Entwurf zunächst, daß das Einführungsgesetz eine Entscheidung darüber treffen kann, inwieweit der Vermieter berechtigt oder verpflichtet sein soll, die Leitung oder Warmwasserforsorgung in gewissen Fällen ganz oder teilweise einzustellen. Auch bei der Weitervermietung ist die Bestimmung wichtig, daß die Miete des Unternehmers unter Berücksichtigung von Bedienstungen, zum Beispiel Übereignung von Möbeln, Bedienung usw., in einem angemessenen Verhältnis zu dem auf den Raum entfallenden Teil der Hauptmiete stehen muß. Das Einführungsgesetz kann also häufig auch für mündliche Räume und Wohnungen die Miete festsetzen.

Der Entwurf bringt ferner Bestimmungen über die Tauglichkeit von Mieterbetrieben. Es werden ihnen bestimmte Befreiungen zugewiesen. Sie haben neben und an Stelle des Mieters das Recht, bei Streitigkeiten über die Bemühung von Instandhaltungsarbeiten die Entscheidung der bereits erwähnten Stelle anzurufen. Auch wird ihre Mithilfe bei der Bewilligung der Gelder für große Instandhaltungsarbeiten und bei der Beschaffung und Verwendung der Fettstoffe nach näherer Anweisung der Obersten Landesbehörde vorgesehen.

Neubauten sollen grundsätzlich den Vorschriften des Gesetzes nicht unterliegen. Als Grund für diese Ausnahme wird angeführt, daß eine Ausdehnung der in dem Entwurf vorgesehenen Beschränkungen auf derartige Bauten der Antrag zur Baudürigkeit kommen könnte; andererseits wird beworben, daß bei Neubauten, die mit Hilfe von Lebstersteuerzuschüssen errichtet sind, bereits nach den für die Gewährung von Lebstersteuerzuschüssen geltenden Bestimmungen eine Kontrolle der Mieten durch die Gemeindebehörden stattfindet.

Sächsischer Landtag.

Wl. Dresden, 16. Juni.

Präsident Hirschdorff teilte nach Eröffnung der Sitzung mit, daß gestern hier in Reindorf bei Wicau ein großes Schachtmalerei ereignet habe. Ein Wohl Bergleute seien mit

Violinen und Bößen, dann namentlich die tiefsten Töne der Klarinette, die mit ganz besonderer geeignet zu sein scheinen zum Malen des Unheimlichen, dann die flaggenden Töne des Bassos, die tiefsten Töne der Hörner, dumpfe Würde der Posaune . . .

So entstand diese zu Hörern sprechende Musik der Sage und des Waldes, und während die Romantiker selbst wie Spohr, C. T. A. Hoffmann und Tieck sich ablehnend verhielten, lobte das Publikum von Anfang an diesen nationalen Ton, so die der in Spontini's Wirken an der Berliner Oper verkörperten Herrschaft der italienischen Musik ein jähres Ende bereitete. Hatte der Italiener eben noch in seiner Oper "Olympia" einen Elefanten auf die Bühne gebracht, um dadurch Wunder zu erzeugen, so ließ er nun vom Freiläufer, er sage nach edlerem Wild, als nach Elefanten, und in einer Erklärung, die Weber am Tage nach der Eröffnung erlich, muhte er sich sehr dagegen verwahren, gegen den allmächtigen Generalmusikdirektor ausgespielt zu werden. Die Deutschen aber hatten nun die Oper gefunden, die sie sich ganz zu eigen machen konnten, und die Melodien waren im Handumdrehen populär. Erstaunlich hat Seine in seinen "Briefen aus Berlin" von der Altersschaft des Jungfernfranzosen geplant: Wenn Sie vom Hallischen nach dem Brandenburger Tor und vom Brandenburger nach dem Charlottenburgischen Tor gehen, so seht wenn Sie vom Unterden nach dem Köpenicker Tor gehen, hören Sie jetzt immer und ewig dieselbe Melodie, das lied aller Lieder — den Jungfernfranz. Wie man in den Goethe'schen Elegien den armen Briten von dem Marlborough'sen vor den guerres durch alle Länder verfolgt sieht, so werde auch ich von morgens früh bis spät in die Nacht verfolgt durch das lied. Und der geköhlte Spötter schildert dann einen solchen durch den Jungfernfranz zur Hölle gemachten Tag, an dem ihn schon früh die Schuljungen wekt, den Jungfernfranz zwangsläufig und am späten Abend ihm noch die Klänge dieses Liedes aus dem Schlafschauen. Auch Paris war bald erobert, wo der Freiheitskämpfer in dem räuberromantischen Gewande eines Robin des Bois auftrat und dann in einer meisterhaften Aufführung der Großen Oper die musikalischste Welt entzückte. Und dieser erste Erfolg ist dem unsterblichen Werk treu gesiedet durch das erste Jahrhundert und wird es auch im zweiten. Dieser unerhörte Erfolg war freilich zahllosenfach, an Sitzungsräumen von heute gemessen, nicht so übermäßig groß, aber er zeigt den Wert der Unvergänglichkeit in so. Im der Zeitschrift Chronik des Berliner Königlichen Theaters sind die Aufführung- und Einschätzungen des ersten halben Jahrhunderts zusammengefaßt, und zum Schluß seien einige dieser interessanten Sätze mitgeteilt. Im Jahre 1821 erlebte der Freiheitskampf noch der Eröffnung noch 17 Wiederholungen; die Einnahme dieser 18 Vorstellungen betrug 10 000 Taler; im folgenden Jahre wurde es 12000 Taler, wobei eine Sonntagsvorstellung noch 2000 Taler kostete.

Den Förderungs förmlich verunglimpt. Dashaus zeigte keine Teilnahme durch Gedenken von den Bildern.

Nach Eintreten in die Landesordnung teilte Wl. Dr. Hößmann (D. Vo.) mit, daß sich der Unternehmungsminister für die Landesbildungskommission Chemnitz-Hirschdorff konkurrenz und von ihm zum Vorhaben gewählt habe. Hößmann wurde die königliche Kommission für die Landeskundesammlung mit dem ehemaligen Königshaus gemacht, welche aus den übernommenen Büchern, Tafeln, Beutler, Dienst- und Bürger besteht.

In der 2. Sitzung des Gesetzentwurfs über das Steuerrecht der Wohlfahrtsanstaltsstädte berichtete Wl. Dr. Beutler (D. Vo.) für den Hochbauausschuß und verwies auf den vorliegenden ausführlichen Drucksatz. Wl. Wendtstorff (Dnl.) führte aus, daß die Landesregierung lediglich das Recht zur Regelung der kirchlichen Steuern nicht aber zur Besteuerung derselben eingerichtet sei. Das Gutachten des Rechtsausschusses könne er nicht anerkennen. Der Anspruch auf Beteiligung an der Grundsteuer und Grundwerthebsteuer, sowie die Kirchenschaftsteuer habe der Kirche zu. Wl. Beutler (So.) tritt für die Anträge des Ausschusses ein. Mit der Beteiligung an den Errichtungen der Grundsteuer wurden auch Deute zur kirchlichen Steuer herangezogen, die nicht Mitglieder der Kirche seien. Wl. Hößmann (D. Vo.) betont, daß man unter allen Umständen der Kirche aus Leben geben sollte. Man sollte doch nicht nach mehr Spaltungen ins Volk hineintragen. Wl. Beutler (Linsch.) bezog die Steuerfrage als eine Machtfrage. Die Kirche soll auf sich selbst gestellt werden und darf nur ihre Mitglieder besteuern. Die Abstimmung über die Vorlage wird auf nächsten Dienstag verschoben.

Es folgt die 2. Sitzung über den Antrag Barthel (Linsch.) betr. die Maßnahmen der Regierung gegen Ausnahmeverhältnisse der Friedhofswartungen gegen über Landeshauptstädten. Das Justizamtsministerium hat hierzu zwei umfangreiche Gutachten erstattet, die Wl. Beutler (Linsch.) zum Vortrag bringt. Er beantragt, die Regierung zu erlauben, eine Verordnung zu erlassen: a) nach der die Wartungen der Bestattungsanlagen nicht mehr berechtigt sind, b) die Verordnungen der Verordnungen der verschleierten Befreiung oder Weltauszeichnungen besondere Bestattungsgegenstände festzulegen oder ihnen besondere Blüte anzumessen, c) durch die Verordnung vom 15. November 1907, das Verhalten der Leidensbegleiterungen bei Beerdigungen auf evangelisch-luth. Gottesäckern betr. aufgehoben wird. Wl. Wendtstorff (Dnl.) nennt den ersten Teil des Antrages eine Selbstverständlichkeit und erklärt, daß in Sachsen Unterschlußvorschriften noch nicht in fränkischer Weise behandelt werden seien, und lehnt den 2. Teil überhaupt ab. Auch über diesen Punkt wird die Abstimmung erst am Dienstag erfolgen.

Auf Antrag des Wl. Dr. Herrmann (D. Vo.) wird die Vorlage über die Dienstbesitzes der Gemeindebeamten an den Rechtsausschuss zurückverwiesen. Auch Vorlage 59, betr. die Landesbildungskommission "Sächsisches Heim" wird an den Haushaltungsausschuß II verwiesen.

Es beschäftigt sich alsdann das Haus mit den beiden Anträgen der Wl. Beutler (Dnl.) und Dr. Hößmann (D. Vo.) wegen der Auflösung des Stadtvorordnungsamtes in Ehrenfriedersdorf. Wl. Beutler (Dnl.) wünscht vom Minister des Innern Auflösung über die Gründe der Auflösung. Die Wahl des Stadtvorordneten steht durch die Sozialisten und Kommunisten sabotiert worden. Diese wären nicht zu den Sitzen erschienen, hätten vielmehr Demonstrationen der Sozialen Infanterie. Infolge des Einflusses der Demonstranten sei schließlich die Auflösung erfolgt. Den zweiten Antrag in der gleichen Angelegenheit begründet Wl. Blüher (D. Vo.) und beantragt schließlich, beide Anträge an den Rechtsausschuss zu verweisen, wo die Meinungsverschiedenheiten vielleicht aufgeklärt werden können. Minister Linschott gibt eine Darstellung der Vorgänge und führt dies auf eine falsche Rechtsauffassung der sozialistischen Stadtvorordneten zurück. Er wird durch die Befreiung der Anträge im Rechtsausschusse. Schließlich wird ein weiterer Antrag Beutler, betr. die Auflösung der Anstaltungsstätte gegen die erlaubten Entwicklungen des Ministers des Innern zur Ausführung erlaubt. Den zweiten Antrag in der gleichen Angelegenheit begründet Wl. Blüher (D. Vo.) und beantragt schließlich, beide Anträge an den Rechtsausschuss zu verweisen, wo die Meinungsverschiedenheiten vielleicht aufgeklärt werden können. Minister Linschott gibt eine Darstellung der Vorgänge und führt dies auf eine falsche Rechtsauffassung der sozialistischen Stadtvorordneten zurück. Er wird durch die Befreiung der Anträge im Rechtsausschusse. Schließlich wird ein weiterer Antrag Beutler, betr. die Auflösung der Anstaltungsstätte gegen die erlaubten Entwicklungen des Ministers des Innern zur Ausführung erlaubt. Wl. Blüher (D. Vo.) und beantragt schließlich, beide Anträge an den Rechtsausschuss zu verweisen, wo die Meinungsverschiedenheiten vielleicht aufgeklärt werden können. Minister Linschott gibt eine Darstellung der Vorgänge und führt dies auf eine falsche Rechtsauffassung der sozialistischen Stadtvorordneten zurück. Er wird durch die Befreiung der Anträge im Rechtsausschusse. Schließlich wird ein weiterer Antrag Beutler, betr. die Auflösung der Anstaltungsstätte gegen die erlaubten Entwicklungen des Ministers des Innern zur Ausführung erlaubt. Wl. Blüher (D. Vo.) und beantragt schließlich, beide Anträge an den Rechtsausschuss zu verweisen, wo die Meinungsverschiedenheiten vielleicht aufgeklärt werden können. Minister Linschott gibt eine Darstellung der Vorgänge und führt dies auf eine falsche Rechtsauffassung der sozialistischen Stadtvorordneten zurück. Er wird durch die Befreiung der Anträge im Rechtsausschusse. Schließlich wird ein weiterer Antrag Beutler, betr. die Auflösung der Anstaltungsstätte gegen die erlaubten Entwicklungen des Ministers des Innern zur Ausführung erlaubt. Wl. Blüher (D. Vo.) und beantragt schließlich, beide Anträge an den Rechtsausschuss zu verweisen, wo die Meinungsverschiedenheiten vielleicht aufgeklärt werden können. Minister Linschott gibt eine Darstellung der Vorgänge und führt dies auf eine falsche Rechtsauffassung der sozialistischen Stadtvorordneten zurück. Er wird durch die Befreiung der Anträge im Rechtsausschusse. Schließlich wird ein weiterer Antrag Beutler, betr. die Auflösung der Anstaltungsstätte gegen die erlaubten Entwicklungen des Ministers des Innern zur Ausführung erlaubt. Wl. Blüher (D. Vo.) und beantragt schließlich, beide Anträge an den Rechtsausschuss zu verweisen, wo die Meinungsverschiedenheiten vielleicht aufgeklärt werden können. Minister Linschott gibt eine Darstellung der Vorgänge und führt dies auf eine falsche Rechtsauffassung der sozialistischen Stadtvorordneten zurück. Er wird durch die Befreiung der Anträge im Rechtsausschusse. Schließlich wird ein weiterer Antrag Beutler, betr. die Auflösung der Anstaltungsstätte gegen die erlaubten Entwicklungen des Ministers des Innern zur Ausführung erlaubt. Wl. Blüher (D. Vo.) und beantragt schließlich, beide Anträge an den Rechtsausschuss zu verweisen, wo die Meinungsverschiedenheiten vielleicht aufgeklärt werden können. Minister Linschott gibt eine Darstellung der Vorgänge und führt dies auf eine falsche Rechtsauffassung der sozialistischen Stadtvorordneten zurück. Er wird durch die Befreiung der Anträge im Rechtsausschusse. Schließlich wird ein weiterer Antrag Beutler, betr. die Auflösung der Anstaltungsstätte gegen die erlaubten Entwicklungen des Ministers des Innern zur Ausführung erlaubt. Wl. Blüher (D. Vo.) und beantragt schließlich, beide Anträge an den Rechtsausschuss zu verweisen, wo die Meinungsverschiedenheiten vielleicht aufgeklärt werden können. Minister Linschott gibt eine Darstellung der Vorgänge und führt dies auf eine falsche Rechtsauffassung der sozialistischen Stadtvorordneten zurück. Er wird durch die Befreiung der Anträge im Rechtsausschusse. Schließlich wird ein weiterer Antrag Beutler, betr. die Auflösung der Anstaltungsstätte gegen die erlaubten Entwicklungen des Ministers des Innern zur Ausführung erlaubt. Wl. Blüher (D. Vo.) und beantragt schließlich, beide Anträge an den Rechtsausschuss zu verweisen, wo die Meinungsverschiedenheiten vielleicht aufgeklärt werden können. Minister Linschott gibt eine Darstellung der Vorgänge und führt dies auf eine falsche Rechtsauffassung der sozialistischen Stadtvorordneten zurück. Er wird durch die Befreiung der Anträge im Rechtsausschusse. Schließlich wird ein weiterer Antrag Beutler, betr. die Auflösung der Anstaltungsstätte gegen die erlaubten Entwicklungen des Ministers des Innern zur Ausführung erlaubt. Wl. Blüher (D. Vo.) und beantragt schließlich, beide Anträge an den Rechtsausschuss zu verweisen, wo die Meinungsverschiedenheiten vielleicht aufgeklärt werden können. Minister Linschott gibt eine Darstellung der Vorgänge und führt dies auf eine falsche Rechtsauffassung der sozialistischen Stadtvorordneten zurück. Er wird durch die Befreiung der Anträge im Rechtsausschusse. Schließlich wird ein weiterer Antrag Beutler, betr. die Auflösung der Anstaltungsstätte gegen die erlaubten Entwicklungen des Ministers des Innern zur Ausführung erlaubt. Wl. Blüher (D. Vo.) und beantragt schließlich, beide Anträge an den Rechtsausschuss zu verweisen, wo die Meinungsverschiedenheiten vielleicht aufgeklärt werden können. Minister Linschott gibt eine Darstellung der Vorgänge und führt dies auf eine falsche Rechtsauffassung der sozialistischen Stadtvorordneten zurück. Er wird durch die Befreiung der Anträge im Rechtsausschusse. Schließlich wird ein weiterer Antrag Beutler, betr. die Auflösung der Anstaltungsstätte gegen die erlaubten Entwicklungen des Ministers des Innern zur Ausführung erlaubt. Wl. Blüher (D. Vo.) und beantragt schließlich, beide Anträge an den Rechtsausschuss zu verweisen, wo die Meinungsverschiedenheiten vielleicht aufgeklärt werden können. Minister Linschott gibt eine Darstellung der Vorgänge und führt dies auf eine falsche Rechtsauffassung der sozialistischen Stadtvorordneten zurück. Er wird durch die Befreiung der Anträge im Rechtsausschusse. Schließlich wird ein weiterer Antrag Beutler, betr. die Auflösung der Anstaltungsstätte gegen die erlaubten Entwicklungen des Ministers des Innern zur Ausführung erlaubt. Wl. Blüher (D. Vo.) und beantragt schließlich, beide Anträge an den Rechtsausschuss zu verweisen, wo die Meinungsverschiedenheiten vielleicht aufgeklärt werden können. Minister Linschott gibt eine Darstellung der Vorgänge und führt dies auf eine falsche Rechtsauffassung der sozialistischen Stadtvorordneten zurück. Er wird durch die Befreiung der Anträge im Rechtsausschusse. Schließlich wird ein weiterer Antrag Beutler, betr. die Auflösung der Anstaltungsstätte gegen die erlaubten Entwicklungen des Ministers des Innern zur Ausführung erlaubt. Wl. Blüher (D. Vo.) und beantragt schließlich, beide Anträge an den Rechtsausschuss zu verweisen, wo die Meinungsverschiedenheiten vielleicht aufgeklärt werden können. Minister Linschott gibt eine Darstellung der Vorgänge und führt dies auf eine falsche Rechtsauffassung der sozialistischen Stadtvorordneten zurück. Er wird durch die Befreiung der Anträge im Rechtsausschusse. Schließlich wird ein weiterer Antrag Beutler, betr. die Auflösung der Anstaltungsstätte gegen die erlaubten Entwicklungen des Ministers des Innern zur Ausführung erlaubt. Wl. Blüher (D. Vo.) und beantragt schließlich, beide Anträge an den Rechtsausschuss zu verweisen, wo die Meinungsverschiedenheiten vielleicht aufgeklärt werden können. Minister Linschott gibt eine Darstellung der Vorgänge und führt dies auf eine falsche Rechtsauffassung der

Café Wolf. Morgen Sonnabend Garten-Konzert. Anfang 1/8 Uhr.

Hauptstraße

Kammer-Lichtspiele

Hauptstraße



Heute Freitag läuft der 1. Teil des gewaltigen Citten-Films:

Großstadtmädel

In 6 Akten, das in Großstädten wochenlang bei ausverkauften Hausem gespielt worden ist. — Wegen des zu erwartenden Andrangs finden wieder 2 Vorstellungen statt und zwar 7 Uhr und 9 Uhr. Sonntags Beginn der Vorstellung ab 5 Uhr.

Speisekartoffeln, rund- u. zentnerweise, sowie gute Landbutter, täglich frischgekocht u. Salat gibt ab Wittermann, Rundteil 2a.

Kaufe jeden Posten
frische Landdeier,
Butter und
Speisekartoffeln

zu höchsten Tagespreisen.
Friedr. Koch, Hauptstr. 19.

Rene Maltakartoffeln,
bei 5 Pfund je Mt. 1.80,
Rittauer Blumentohl,
ff. neue

sauere Gurken,
täglich frische Kirschen
zum billigsten Tagespreis
empfiehlt

Hermann Rodler,
Schulstr. 3. Telefon 711.

Kommissionsware
in Baumwolle u. Wolle gebe
an nur reelle Leute. Nähers
zunächst schriftlich an
S. C. Klemm, Dresden,
Lindenaustr. 39.

Wäsche wird z. Waschen
aufs Land gebracht.
zu erst. im Tagebl. Riesa

Klavierstimmen
und Notennoten
(auch außerhalb) werden gut
und billig ausgeführt.
Meldungen unter X U 7220
an das Tageblatt Riesa.

Läuse
in 1 Std. raus! Garantie
für
die
Kinder
und
Haus
bis
zu
100
Stück
in
Kampolda!
Gleich Mittel. Wiederumstift.

Postversand und zu haben bei
Alfred Böhlig, Hauptstr. 73.

Heu
20-25 Str. von der Wiese
weg kaufen
Otto Schenk,
Gleisbervstr., Schützenstr. 11.

HEU ca. 20 Ztr.
finden
an kaufen
I. G. Hering & So.
Gleisb. 7. Telefon 130.

Fest neuer dunkelblauer
Herrenanzug
(Cheviot), für mittl. schwere
Figur passend, billig zu verf.
zu erst. im Tageblatt Riesa.

Fest neuer brauner
Herrenanzug,
mittl. Statur (400 M.) aber,
zu erst. im Tagebl. Riesa.
Ein Paar neue lange Stiefel,
Größe 42 (Friedensware),
preiswert zu verkaufen.
zu erst. im Tagebl. Riesa.
Ginsbäumer-Brettwagen,
fast neu, zu verkaufen im
Gästehof Sageritz.

Zughund zu verkaufen
Bismarckstr. 11c.

Ein junger starker
Zug- und Hofhund,
sehr wachsam, 4 Paar junge
Zähne (Vorfechtfügel blau
und schwarz) zu verkaufen
Bismarckstr. Nr. 45 a. Gle.

Stadtpark Riesa.

Sonntag, den 19. Juni
vormittag von 10.30 bis 12.30

Frühstückspfennig-Künstlerkonzert.

Eintritt 1 Mark.

— Eingang nur vom Hauptweg. —

Es laden ergebnist ein Otto Weser.

Waldschlößchen Röderau.

Sonntag, den 19. Juni, nachm. 3 Uhr

Bundes-Singen

des Sängerbundes Riesa-Land.

Hierzu laden alle Sänger und deren Angehörige, sowie Freunde und Förderer des deutschen Liedes Langesbrüder-
lichkeit ein. M. G. B. „Adelio“ Röderau.

Gasthof Rünchrik.

Sonntag, den 19. Juni

großes öffentl. Sommer- und Kinderfest

mit Umzug, Kinderreisen, Gartenkonzert
und feinem öffentlichen Sommernachtstall
veranstaltet vom Wohltätigkeitsverein „Sächs. Freitümle“.
Beginn des Umzuges 1 Uhr, von 3 Uhr an Konzert
nach dem Ball.

Um zahlreiche Beteiligung bittet der Gesamtvorstand.

Gasthof Seusslitz.

Schönster Ausflugsort der Umgebung.
Empfiehlt werten Vereinen und Ausflüglern meine
renovierten Lokalitäten. Großer herrlicher Ballaal ersten
Ranges. Geräumige Vereins- und Gesellschaftsräume.
Großer schöner Garten direkt an der Elbe.

Für gute Küche und Keller ist bestens gesorgt.
Hochachtungsvoll M. Weinhardt.

Gasthof Seerhausen.

Sonntag, den 19. Juni

großes Garten-Konzert mit Ball

Anfang 4 Uhr. —

Ergebnist laden ein Alfred Wiesmann.

Neue saure Gurken

selbst eingekaut

empfiehlt schwed. und fahweise
H. Grubel, Bismarckstr. 35 a. Telefon
652.

Nobfleisch- und Wurstverkauf
Sonnabend von 7 Uhr an. Fleisch 5 M.
Oskar Stein, Bischöf. Tel. 266.
Schlachterfeier lautet stets b. O.

Auf Teilzahlung
Blumen, Kleider in Repar., Rollen u. Coelne, sowie einzelne
Röcke. E. Winkler, Riesa, Albertplatz 6.

Güter
und Wirtschaften jeder Größe,
Gärtnerie, Bäckerei, sowie andere
Geschäfts- und Handelshäuser werden
von zahlungsfähigen Räubern gefüllt
R. Haferkorn, Kommissionsgeschäft,
Anbau b. Elsterwerda, Fernstr. Elsterwerda 344.

Geübte Häflerinnen
erhalten Arbeit bei

G. H. Nuster, Oschatz.

Ein Paar
fröhliche Jährige
Zöhlen

für Landwirtschaft zu kaufen
gefunden. Angebote mit näh.
Angaben und Preis unter
X 7198 an das Tagebl. Riesa.

Schleifmaschine
für Kraft- und Handbetrieb
billig zu verkaufen

Schäferstr. 20, p.

1 dunkler Kinderwagen,
2 Paar Damenschürze,
Gr. 37 und 40, zu verkaufen.
zu erst. im Tagebl. Riesa.

Emil Thielmann,
Inh. Arthur Thielmann,
Steigeborn Nr. 5,
Salzgitter-Göddig I. Sc.

Vereinsnachrichten

Wässnerergänzungsverein „Ortsverein“. Sonnabend, b. 18. 6.
Überbauung nach Rathaus Rausch mit entsprechendem
Längen. Anf. 8 Uhr. Beteiligung aller Mitglieder erw.
Reichs. 4. Kriegsgeg. Sonntag, 19. 6., 1/10 Uhr norm.
Völkerfamilie Elbterrasse. Erstellen aller bring.
erwünscht. Tagesordnung wichtig. Nach der Versamm.
lung Abholen der bestellten Sachen.

Verien Rheinisch-Westfälischer Handelsverein. Sonntag,
den 19. 6., Ausflug nach Meilen vor Domänen.
Stellen um 7 Uhr morgens an der Dampfschiffhalle
Meile. Abfahrt 7.15. Die Beteiligung ist erwünscht.
Bei schlechtem Wetter findet der Ausflug nicht statt.
M. A. „Gut Ton“. Sonntag früh 9 Uhr Versammlung.
Versammlung ebem. Obererer Schulter zu Riesa. Am 25. 6.
Abendtpajiergang mit Schlachtfestessen. Röderes im
Ausgang und in der Nähe am 18. 6. — Wir empfehlen
unseren Mitgliedern und deren Angehörigen den Besuch
des Konzerts der Oberrealschule am 28. 6. zum Beben
des Ehrenmals.

Otto- und Friederike-Schule. Sonntag,
den 19. 6., Ausflug nach Weizen vor Domänen.
Stellen um 7 Uhr morgens an der Dampfschiffhalle
Meile. Abfahrt 7.15. Die Beteiligung ist erwünscht.
Bei schlechtem Wetter findet der Ausflug nicht statt.

M. A. „Gut Ton“. Sonntag früh 9 Uhr Versammlung.
Versammlung ebem. Obererer Schulter zu Riesa. Am 25. 6.

Abendtpajiergang mit Schlachtfestessen. Röderes im

Ausgang und in der Nähe am 18. 6. — Wir empfehlen

unseren Mitgliedern und deren Angehörigen den Besuch

des Konzerts der Oberrealschule am 28. 6. zum Beben

des Ehrenmals.

Schützenverein Riesa. Zur Beerdigung unseres hochverdienten

Ehrenmitgliedes Herrn Privatus Gustav

Wöhlberg stellen die Kameraden Sonnabend

mittag 12 Uhr bei Kamerad Röderlein, Goldner Engel.

Riesa Sport-Verein e. V. 1. Jugend heute kurze Ver-
sprechung Schwabthof 7.30.

Turnverein Zeithain. Sonntag, 19. 6., früh 6 Uhr Marz

mit Spielmannszug nach Mühlberg. Gauvorturnfest.

Riesaer Sport-Verein e. V. Sonntag, den 19. Juni

Raterbummel nach Panitz. Mitglieder und deren Angehörige sind hierdurch

nochmals herzlich eingeladen. — Gäste, durch

Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. —

Eintritt 2.00 M. ohne Steuer. Anfang 5 Uhr.

Gesellschaft im R. S. V.

Geselligkeits-Verein — Mautitz und Umgegend —

lädt hiermit seine Mitglieder und werte Gäste zu dem

Sonnabend, 19. Juni im Gasthof Mautitz stattfindenden

Sommer-Bergnügen — Der Vorstand.

freudlich ein.

Ausschreibung. Für die Errichtung eines 12-Familienwohnhauses in

Strehla sollen folgende Arbeiten vergeben werden:

1. Tischlerarbeiten.
2. Schlosser- und Anschlagearbeiten.
3. Elektrische Belichtungsarbeiten.
4. Wasserleitungsarbeiten.
5. Dacharbeiten.
6. Malerarbeiten.

Preiskästen werden, soweit voraus, im Rathaus,

Gimmer Nr. 3, abgegeben.

Die ausgestellten Preiskästen sind unterschrieben, ver-
segelt und mit der Aufschrift „Kleinwohnungshaus“ ver-
sehen bis

Sonntag, den 24. Juni 1921, mittags 12 Uhr
an oben bezeichnete Stelle einzurichten. Die freie Aus-
wahl unter den Bewerbern, sowie die Ablehnung sämtlicher
Angebote bleibt vorbehalten. Die Bewerber bleiben bis
zum 24. Juli 1921 an ihr Angebot gebunden.

Strehla, den 18. Juni 1921.

Der Stadtgemeinderat.

Schlingmann — Konsernglasöfen mit Drahtschlingen

spart Zeit, Summiringe und Gläser.

Alleinverkauf: H. Rundsch. Hauptstr. 60.

Fahrrad-Mäntel 55-95 M. darunter

Außerdem empfiehlt ich einen großen Posten Schönheit.

Mäntel noch billiger und zum Ausuchen.

L. Winkler, Hauptstr. 73 I.

Für die reichlich uns dargebrachten Glück-

wünsche und Gedanken danklich, zugleich

im Namen unserer lieben Eltern.

Thohsill/Zeithain, 11. Juni 1921.

Paul Kern und Frau

Ella geb. Seidel.

Gasthof Canitz. Sonntag, den 19. Juni

öffentl. Ballmusik.

Ergebnist laden ein M. Wolf.

Gasthof Sageritz. Sonntag, 19. Juni, 0.8 Uhr an

Ballmusik. Ergebnist laden ein M. Wolf.

Gasthof Canitz. Sonntag, den 19. Juni

öffentl. Ballmusik.

Ergebnist laden ein M. Wolf.

Arb.-Radfahrer-Bund

Solidarität

Ortsgruppe Pochra.

Sonntag, den 19. Juni, findet im Gasthof zum Ritter,

Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Herausgebracht und Verlegt: Sanger & Winterlich, Riesa. Gedruckt durch: Gottschalg 89. Herausgeber für Reklamation: Arthur Höhnel, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Nr. 189.

Freitag, 17. Juni 1921, abends.

74. Jahrg.

Rathenau über den Wiederaufbau in Frankreich.

wib. Berlin, 16. Juni.

Der Reichsminister für Wiederaufbau, Dr. Rathenau, legte heute im Ausschuss des Reichswirtschaftsrates die Grundzüge des Aufbaus vor, die sich an den Wiederaufbau in Frankreich rütteln. Die erste Frage, die sich aus der Lage ergibt, ist Frankreich zu den Reparationsforderungen der Alliierten nur 52 Prozent beträgt, lautet, wie es möglich ist die Reparation, die in 3 oder 4 Jahren beendet sein soll, so zu verteilen, daß diese gewaltige Masse nicht die Jahresausnahmefähigkeit Frankreichs an Reparationsleistungen erheblich übersteigt? Die zweite Aufgabe besteht in der im Ultimatum selbst vorgesehenen Erteilung des Index von 28 Prozent durch eine weitere Vereinbarung. Dieses und seitens der Grenze steht sich die Erfahrung durch, daß dieser Index kein glücklicher Maßstab ist. zunächst entwirft er die Bonds, die in französischen Besitz sind, ferner entwirft er den deutschen Kredit. Eine Gefahr wird auch dadurch entstehen, daß wechselnde deutsche Regierungen diesem neuartigen und kaum zu überprüfenden Problem gegenüber wechselnde Stellungen einnehmen, entweder trotz des Index die Ausfuhrförderung oder wegen des Index verlügen, Deutschland auf die Binnennwirtschaft zu stellen. Mit der Frage des Index hängt eng zusammen das Problem der Goldlieferungen oder, daß das effektive Gold ja nicht vorhanden ist, Devisenleistungen in diesem gewaltigen Ausmaße. Es ist möglich und nötig, dafür zu sorgen, daß das uns gegenwärtig obliegende heftige Devisentauftum aufhört. Auch wenn diese Devisen aufzubroten werden könnten, werde die Rolle einer vollkommenen Berichtigung des internationalen Geldmarktes sein. Über diesen Fragenkomplex werden also Verhandlungen getroffen werden müssen. Die Preisfrage bei den Lieferungen wird eine große, vielleicht die größte Rolle spielen. Es ist fast unmöglich, durch Anwendung von Gegenoffersen den gerechten Preis zu finden. Es muß also ein Maßstab gefunden werden, der Preisabstiege in gerechter Weise ermöglicht und gewährleistet, daß die französische Industrie sich nicht beschwert kann, daß Deutschlands Leistungen erheblich teurer sind, als sie in Frankreich sein würden. Neben der Preisfrage steht die Finanzfrage. Man kann nicht erwarten, daß Frankreich in einem Jahre gänzlich auf Devisenempfang verzichtet oder ins Débet kommt, falls ohne vorherige Vereinbarung mehr geliefert wird, als in dem betreffenden Jahre Zahlungsansprüche gestellt werden. Die Lieferleistungen werden verhältnismäßig zurücktreten. Es wird kaum möglich sein, hunderttausende Arbeiter nach Frankreich zu entlassen. Von den Arbeiten, für die hauptsächlich deutsche Arbeiter in Betracht kommen, ist viel bereits geschossen. Bei dem Wiederaufbau wird man ausschließlich Einzelarbeiten großen Umfangs zu leisten haben, bei der es schwer sein wird, Tausende von deutschen Arbeitern in französischen Städten unterzubringen. Gewiß besteht der Wunsch, die Absichten der Gewerkschaften soweit wie möglich zu verwirklichen. Vorwirkt hier aber volle Klarheit über die Grundsätze herrscht, ist nicht zu erwarten, daß große Arbeitermassen nach Frankreich geschoben werden.

Bezüglich der Verträge in Wiesbaden hat der Minister davor, daß die öffentliche Meinung in Frankreich und einem Teile des übrigen Auslandes jetzt noch geteilt sei. Eine Reihe von Blättern von wirtschaftlichen und politischen Kreisen hält den Weg des Diktats, des politischen Drucks immer noch für den richtigen. Es war deshalb eine entschlossene und staatsoberne Tat des französischen Ministers der befreiten Gebiete, daß er sich entschloß, nach Wiesbaden zu gehen, um persönliche Verhandlungen zu führen, eine Tat die in Frankreich nicht widerstrichlos geblieben ist. Der Minister erklärt, daß er aus diesem Grunde dem französischen Minister in jeder Beziehung den Vorrecht gegenüber der Diktatur geschenkt habe. Bei den Verhandlungen sind auf beiden Seiten mit voller Offenheitlichkeit die Schwierigkeiten anerkannt worden, die auf Seiten des Gegnerparis bestanden. Die Verhandlungen beschäftigten sich an beiden Tagen mit dem diffizilsten generellen Problem. Der Minister betonte, er habe die volle Objektivität empfunden, mit der Herr Loucheur die Interessen seines Landes vertrat. Was die deutsche Seite des Problems anlangt, so wird es sich um die Schaffung eines Organismus handeln, dessen Aufgabe es ist, Aufträge von Frankreich entgegenzunehmen und sie der Bearbeitung auf deutscher Seite anzuführen. Derner wird in Deutschland eine Organisation geschaffen werden müssen, die den berechtigten Ansprüchen genügt, die einerseits von den verschiedenen Landesstellen auf die Mitbeteiligung, andererseits von verschiedenen Verbündeten gesehnt werden. Bezaßtiglich der Form der Organisation bemerkte der Minister, daß er weder eine Bunde, noch eine Regierung wolle. Der Minister betonte schließlich, daß die Aufgabe des Wiederaufbaus noch nicht geklärt sei. Man könne nicht einseitig Frankreich ausbauen, ohne daß Frankreich es wolle und daß es dem ihm gemachten Vorschlag zustimme. Er hoffte aber, daß diese Begegnung, die die erste im engsten Kreise zwischen verantwortlichen Staatsleuten beider Länder seit Beginn des Krieges gewesen ist, zur Fortsetzung der Beziehungen und zur Auffindung einer Lösung führen wird. Gelingt das, und soll die Last des Ultimatums für Deutschland einigermaßen dadurch tragbar gemacht werden, daß sie in Sach- und Arbeitsleistungen verändert wird, so liegt nicht mehr allein eine Wirtschaftsaufgabe der Konkurrenzirtschaft, der Geschäftswirtschaft vor, sondern zum erstenmal eine Aufgabe einer großen Nationalwirtschaft.

Die in Frankreich vertretene Meinung. Der Pariser Beichterstatter des „Morningpost“ schreibt, in Frankreich nehme die Ansicht zu, daß die letzten Gespräche zwischen Loucheur und Rathenau die Vorläufer zu einem Einvernehmen zwischen Fabrikanten und Finanzalienten Frankreichs und Deutschlands seien, um einen sozialistischen Wiederaufbau in den zerstörten Gebieten zu bewerkstelligen.

Mac Kenna über die Bezahlung der deutschen Reparationen.

Deutschland soll in Rohstoffen bezahlen.

Der frühere britische Schatzminister und jetzige Vorsteher der Londoner City and Midland-Bank Mac Kenna erklärte vor einer Versammlung von englischen Finanzalienten, die neuen Verleihungen von Gläubigern und Schuldnern zwischen den einzelnen Staaten müßten einen ernstlich übereinstimmenden Einfluß auf den internationalen Handel ausüben. Deutschland habe seinen ausländischen Gläubigern jährlich eine Mindezahlung von 150 Millionen Pf. und eine Höchstzahlung von fast 400 Millionen Pf. zu entrichten. Es sei klar, daß Deutschland die Mittel dafür nur durch Verkauf von Waren im Auslande finden könne und indem es fremde Nationen durch seine Schiffahrt, seine Waren und sein Bergbauunternehmen Hilfe leiste, also durch sichbare oder unsichbare

Ein französisch-polnischer Vertrag.

Frankreich fordert Polen militärische Unterstützung zu.

* Bonn, 16. Juni.
Der Beichterstatter des „Bundes-Guardian“ in Oberösterreich meldet, zwischen Frankreich und Polen solle ein bisher noch nicht ratifizierter Vertrag, in dem Frankreich Polen seine Unterstützung in Oberschlesien zuläßt. Bei einem künftigen Krieg Polens, der sein Angreifstriege sei, würde Frankreich Polen seine aktive militärische Unterstützung geben. Der einzige Krieg, der ernstlich in Betracht komme, sei ein Krieg gegen Deutschland. Wie der Beichterstatter weiter meldet, wünscht Polen der Widerstand gegen diesen Vertrag. Es scheint eine starke Bewegung zu Gunsten eines kleinen Einvernehmens mit Deutschland auf rein wirtschaftlicher Grundlage zu bestehen.

Die Einigungsbereitstellungen in Oberschlesien.

Wie die gekrönte Berliner Abendblätter aus Oberschlesien melden, sind die Verhandlungen zwischen dem englischen General Henniker und dem Führer des deutschen Selbstschutzes General Oberst fortgesetzt worden. — Laut „Soh. Zeit.“ sei im wesentlichen eine Einigung erzielt worden. Es sei anzunehmen, daß auch der Sonderausschuß, mit dem namentlich das englische Mitglied der interalliierten Kommission Sir Harold Smart verhandelt, sich mit den Sicherungen, die bei Gelegenheit gegeben wurden, vorläufig einverstanden erklärte.

Das Breslau wird gemeldet: Zwischen dem Zwölfer-Ausschuss der deutschen Parteien in Oberschlesien und der interalliierten Kommission scheint eine Einigung gesichert zu sein. Eine Abordnung des Zwölfer-Ausschusses hat sich nach Berlin begeben, um ein Einvernehmen mit der Reichsregierung herzustellen.

Das sozialdemokratische Mitglied des deutschen Zwölferausschusses in Oberschlesien Enrus äußerte sich in den „Oberschlesischen Nachrichten“ über die Verhandlung mit der interalliierten Kommission dahin, daß das Verlangen der Kommission, den Annaberg zu räumen und durch italienische Truppen zu beseitzen, vielleicht doch bei Bietung anderer Garantien angenommen werden könnte, da der Berg als militärischer Stützpunkt nicht mehr in Betracht komme. Enrus forderte als Garantie, daß die Insurgenten wenigstens als erste Etappe Gleiwitz und Hindenburg räumen und hofft, daß auf der gefestigten Grundlage eine Einigung zwischen dem Zwölferausschuß und der interalliierten Kommission möglich ist.

Die Haltung Englands.

Das englische Unterhaus wurde Mittwoch mitgeteilt, daß die durchschnittlich monatlichen Kosten für die britischen Truppen in Oberschlesien 77 000 Pfund Sterling betragen. „Daily Telegraph“ meldet, daß die britische Regierung jetzt gemeinsam mit der französischen Regierung auf die Zurückziehung der Truppen des Generals Oberst besteht. Es werde jedoch auf den deutschen Selbstschutz keinerlei Druck ausgeübt werden, wenn die Insurgenten Fortan-

Ausführ. Der deutsche Außenhandel könnte nicht bis zum Siebedpunkt gezeigt und ein so großer Überschluß zu Ausfuhrwaren nicht aufrechterhalten werden, ohne daß die Löhne in Deutschland ansteigen ließ gehalten werden. Sowohl augenblicklich beurteilt werden könne, werde die Arbeiterschlaf die Zustimmung. Die deutsche Regierung, die Presse und die Unternehmer würden dem deutschen Arbeiter klar machen, daß, wenn er nicht zu niedrigen Löhnen arbeite, eine strenge Inflation die Folge sein werde. Die Versicherung der deutschen Presse würde bestärkt durch die Erklärungen der Staatsmänner im Obersten Rat. Es könnte sich möglicherweise ergeben, daß die geforderten Verträge Deutschlands Leistungsfähigkeit überschreiten.

Mac Kenna befürchte sich mit der Wirkung des Reparationsplanes auf die unsichbare deutsche Industrie, namentlich auf die Handelszweige, die einen großen Teil der Städte Englands auf dem Gebiete des Handels ausmachen. Die Wirkung auf die deutsche Schiffsindustrie sei klar. Es würden Schiffe auf den deutschen Kostengrundlage gebaut und bemannet. Die Frachten und Passagiergebühren würden jedoch auf dem internationale Stande stehen. Der Export-Ausfuhrzoll werde daher tatsächlich eine Prämie von 20 Prozent zugunsten der deutschen Schifffahrt darstellen. Daselbe gelte auch für Banken und Versicherungsgeschäfte. Wenn Deutschland die 150 Millionen Pfund tilgen könnte, die von ihm für dieses Jahr und das nächste Jahr gefordert werden, so sei es wahrscheinlich, daß im dritten Jahre die deutsche Industrie mit solcher Energie und in solchem Umfang arbeiten werde, daß Deutschland instandgestellt würde, die gesetzten Forderungen zu erfüllen. Dann würde es über dem internationalen Handel Englands erheblichen Schaden aufladen. Wenn andererseits Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, so bediente dies Rückfall in die Verhältnisse politischer Unordnung, die dem Frieden so gefährlich und dem Wiederaufbau des Handels so schädlich seien. Man zwinge Deutschland, unter Bedingungen zu leben, die es ihm ermöglichen, England aus ausländischen Märkten zu verdrängen. Mac Kenna schlug vor, von Deutschland zu fordern, daß es nach England, Frankreich und den übrigen alliierten Ländern, je nach dem Bedürfnis dieser Länder, Artikel, wie Kohle, Kali und Zink sende, die es allein in großen Mengen erzeugt. Dadurch würde viel deutsches Kapital und viel deutsche Arbeit aus dem Gewerbe herausgezogen und für die Erzeugung der Materialien herangezogen werden müssen, die die Länder, denen Deutschland schuldet, benötigen. Durch Deutschlands Mittel könnte überwiegend nicht eine so hohe Summe von 400 Millionen Pf. im Jahre erzielt werden. Aber es würde wenigstens der britischen Handel nicht so geschädigt werden.

Die englische Presse zur Rede Mac Kennas.

Zur Rede Mac Kennas über die Bezahlung der deutschen Reparationen nehmen fast alle Londoner Blätter im Zeitungsbereich Stellung. Sie haben die Erklärung Mac Kennas her vor, daß Deutschland in Rohstoffen bezahlen müsse. Dem „Evening Standard“ zufolge hat die Rede in den Kreisen der britischen Industrie, des Handels und der Wirtschaft großes Interesse erregt. Der Präsident des Verbandes britischer Industrieller stimmte den Ausführungen Mac Kennas zu und erklärte, viele Fabrikanten seien der Ansicht, daß England sowohl materiell als auch politisch mehr gewinnen würde, wenn die deutsche Mark auf ihren Wert gebracht würde, als durch irgendwelche Reparationen in jeder Form, so verlorend diese auch aussehe. Die „Westminster Gazette“ beweist, daß die englischen Kohlenbergwerksbesitzer und Bergarbeiter den Vorschlag Mac Kennas, den ausländischen Kos-

ihre Versprechen, sich zurückzuziehen, nicht halten. Im Sonderamtlichen Kreis sei man durchaus abgeneigt, den deutschen Selbstschutz mit den polnischen Insurgenten auf die gleiche Stufe zu stellen. Inzwischen sei nicht der geringste Fortschritt bezüglich der Festlegung der Grenze in Oberschlesien gemacht worden, obwohl 6 verschiedene Grenzlinien der Alliierten vorgeschlagen wurden.

Die Lage am Donnerstag.

Zus. Oppeln wird gemeldet: Mit Ausnahme von Schlesien und dem Elsass und Lothringen und westlich Metz-Hammern ist es Donnerstag nicht zu Kampfhandlungen gekommen. Durch das Einbrechen der Engländer in Niederschlesien sind die Polen endgültig worden, ihre Angriffe auf Brzegau eingestellt. Nach den gestern vorliegenden Mel dungen sind jedoch die englischen Streitkräfte zu schwach, um die deutsche Bewaffnung vor den Drangsalierungen der Polen zu schützen. Der italienische Oberst Salvioni hat angeordnet, daß auf dem rechten Oberschlesien gebildet werden. Der Belagerungsauftand für Metz-Hammern ist aufgegeben worden. Englische Truppen sind in Metz-Hammern, Altmühlberg, Hermsdorf, Saaleck, Oppitz, Guttentag und Nekolla eingetroffen, französische Truppen ebenfalls in Altmühlberg und Nekolla; außerdem sind Jakobswalde von Franzosen, Lubomir und Niemitz von Italienern besetzt.

Die Engländer sind in Zielona, einer Vorstadt von Katowitz, eingerückt. Durch das Vorstoßen der Engländer ist auch die Gegend von Lublin betroffen worden.

Der englische Chef der Abstimmungspolizei Major Readings wurde auf einer Fahrt in das angrenzende von den Polen geräumte Gebiet von Insurgenten angehalten und erst nach langem Verhandeln wieder freigelassen. Auf der Rückfahrt hatte er einen neuen Zusammenschluß mit den Insurgenten. Major Readings hat den Vorfall sofort dem englischen Hauptquartier und dem General Verond gemeldet und hinzugefügt, englischerseits sei festgestellt worden, daß die durch Dekret Veronds errichteten Gemeindewachen aus polnischen Insurgenten bestehen.

Eine Note Armee.

Blättermeldungen aus Beuthen zufolge hat sich im Kreis Bielefeld in nächster Nähe des Hauptquartiers Korants eine Note Armee gebildet. Der Abteilungs kommandant Korants wurde abgelehnt. Die polnischen Insurgentenabteilungen erpreßen von den Industriewerken und der Kaufmannschaft Beträge bis zu 200 000 M. Auf mehreren Gruben des zentralen Industrieviertels steht gestern früh die rote Fahne. Einzelne Industriedirektionen wurden unter die Diktatur der Arbeiter gestellt. Korants hat sein Hauptquartier nach Böhmen im Kreis Groß-Strehlitz verlegt.

Eine Tendenzmeldung.

Die von der Pariser Nachrichtenstelle verbreitete Meldung, daß es bei Czelo zwischen Deutschen einerseits und Franzosen und Engländern andererseits zu Zusammenstößen gekommen sein soll, wird von der Berliner zuständigen Stelle als polnische Tendenzmeldung bezeichnet.

Die Resolution Vorter vom Senat abgelehnt.

Wie „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, ist die Resolution Vorter, die das Repräsentantenhaus am letzten Montag angenommen hat, wie vorausgesprochen war, vom Senat abgelehnt worden. Über die Resolution wird jetzt in gemeinsamer Sitzung vom Repräsentantenhaus und Senat beraten werden.

Deutscher Reichstag.

Das Umlageverfahren in zweiter Lesung abgelehnt, in dritter Lesung angenommen.

wib. Berlin, 16. Juni.

Haus und Tribünen sind nur schwach besetzt.

Gemäß den Anträgen des Geldwärtungsausschusses wird ohne Debatte die Genehmigung zur Erteilung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Ernst (Unabh.) und Nemec (Komm.) abgelehnt, ebenso gegen den Abg. Reich (Komm.) und Wittstock (Unabh.). Der Antrag Hoffmann (Komm.) auf Haftentlastung des Abg. Thomas (Komm.) wird im Wege des Hammelvotums mit 187 gegen 102 Stimmen abgelehnt. Daher stimmt die Linke geschlossen. Das Ergebnis wird auf der Linken mit lauter Plätskern aufgenommen.

Die Beratung des Gesetzentwurfes über die

Regelung des Verkehrs mit Getreide

wird fortgeleitet und zwar mit der Abstimmung über den § 1, der die Umlage festsetzt.

Zusätzlich werden die unabhängigen und sozialdemokratischen Anträge auf Beibehaltung der Zwangsirtschaft abgelehnt.

* Antrag Böhme-Bulag, die Umlage auf 2% Milliarden Tonnen herabzulegen, wird in namentlicher Abstimmung mit 214 gegen 126 Stimmen angenommen.

Antrag Herdt, als ersten Abstimmungstermin den 15. November statt Oktober einzutragen, wird abgelehnt.

Bei der Gesamtabstimmung stimmt neben der Linken auch die deutsch-nationale Partei gegen § 1. Im Wege des Hammelvotums wird § 1 mit 189 gegen 145 Stimmen abgelehnt.

Präsident Löbe bemerkte, daß damit dem Gesetz ja eigentlich die Seele genommen sei, der Herr Minister aber allem Anschein nach nicht beachtigte, den Entwurf zurückzulegen. Das Haus habe also die Beratung fortzuführen.

Abg. Heim (Vagr. Bp.): Die Landwirtschaft allein unter Zwang zu stellen sei ein Unding und eine Ungerechtigkeit. Das Umlageverfahren hat alle Nachteile der

